

**Gemeindetag und Bauindustrie: Jetzt muss endlich investiert werden!**  
Gigantischer Investitionsstau; Bürger erwarten gemeinsame Kraftanstrengung  
von Staat und Wirtschaft

München, 22. Juni 2005  
**6 / 05**

Der Bayerische Bauindustrieverband und der Bayerische Gemeindetag plädieren für mehr Investitionen in den Gemeinden und Städten. Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Gemeindetag und Bauindustrieverband heute in München: „Die Gemeinden und Städte wünschen sich nichts sehnlicher, als längst überfällige Investitionen mit frischem Geld tätigen zu können. Jeder von uns ausgegebene Euro setzt bis zu drei weitere Euros an privaten Investitionen frei. Damit kann sich jeder ausrechnen, was ein Umlenken staatlicher Gelder zu Gunsten der Kommunen an Schubkraft für Investitionen auslösen würde“.

Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbands, bekräftigte: „Viele öffentliche Einrichtungen in den Städten und Gemeinden, von den Schulen bis zu Wasserleitungen sowie die vielfach maroden Straßen – all das bedarf dringender Erneuerung. Das schaffen die Kommunen nur mit einer nachhaltigen Neuausrichtung ihrer Haushalte: Mehr Investitionen – weniger Konsum“.

Der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Bauindustrieverband weisen auf die besondere Bedeutung der kommunalen Investitionen hin: Etwas zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Das derzeitige Investitionsniveau bleibt jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde für das laufende Jahrzehnt ein kommunaler Baubedarf von 488 Mrd. Euro deutschlandweit ermittelt. Bis 2010 wären allein zur Sanierung maroder Schulgebäude bzw. für entsprechende Ersatzbauten 60 Mrd. Euro erforderlich. „Dazu müssen die Investitionen unserer Städte und Gemeinden nachhaltig höher sein als heute“, sagte Bauer. Brandl stellte fest: „Die Schmerzgrenze ist längst überschritten. Jetzt muss die Investitionskraft auf allen Gebieten gestärkt werden, um einen neuen Aufschwung zu erreichen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ich fordere den Bund auf, endlich Geld locker zu machen für kommunale Investitionen und ich appelliere an den Freistaat, den strikten Sparkurs zu schieben. Die Bürger erwarten jetzt Taten statt Worte“.

Für einen anderen Weg zu mehr kommunalen Investitionen plädierte Bauer: „Nur eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik bringt uns mehr Wachstum und Wohlstand. Dafür müssen unsere Partner, die Kommunen, bereit sein, sich von nicht-hoheitlichen Aufgaben zu trennen, diese entweder zu privatisieren oder als PPP-Projekt zusammen mit der Wirtschaft durchzuführen“. Bauer abschließend: „Das bringt weit mehr als die Strohfeuer-effekte der Konjunkturprogramme“.